

Spangenberg Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

erschint wöchentlich 13 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Mittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
Post, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mann“, „Brotliches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 48 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
Beispielsweise: und Beispielsweise-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstag ge bis
9 Uhr vormittags. D.M. 8. 34. 080.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Hauptgeschäftsführer und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 114

Donnerstag, den 20. September 1934

27. Jahrgang.

Zwei deutsche Forderungen an die Welt

Waffengleichheit und Rückgliederung der Saar ohne Beeinträchtigung der deutschen Souveränität

Das trojanische Pferd

Der russische Kommunismus bedeutet auf dem Gebiet der Religion, der Moral der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft die gründlichste Verneinung der Ideen, auf denen unser Welt- und unser Leben beruht. Sein Ziel ist die Weltrevolution.

Es ist das historische Verdienst des schweizerischen Bundesrats, mit unerschütterlichem Mut die Gefahren des Kommunismus zu haben, die sich aus der Aufnahme Sowjetlands in den Völkerbund für eine Politik ergeben. Nicht ein Vertreter der Großmächte hat diesen Mangel aufgebracht, nachdem Frankreich in monatelanger Vorbereitung die Aufnahme der Sowjetunion betrieben hat. Es hat nur kleinere Staaten gewesen, die sich der Aufnahme widersetzt haben. Wenn sich unter diesen z. B. Schweden nicht befindet, dessen Kriegsminister erst in diesen Tagen auf die beängstigende Ausdehnung der kommunistischen Zerkleinerung innerhalb des schwedischen Heeres hingewiesen, so wird dadurch die außerordentlich starke Russifizierung gekennzeichnet, die mit allen Mitteln politischer und wirtschaftlicher Drucks von französischer Seite geleistet worden ist.

Wenn Frankreich eine unabhängige Öffentlichkeit hätte, dann würden zweifellos sehr kritische Bemerkungen an die Außenpolitik Bartheles geknüpft worden sein. Denn der französische Kenner hat noch nicht vergessen, daß er seine Vortragsreisen an Russland verloren hat, weil die Sowjets über die Schulden des zaristischen Russland mit der Handbewegung hinweggegangen sind. Aber trotz der unheimlichen Beeinflussung der französischen Öffentlichkeit ist gerade in einem Pariser Blatt der Vergleich mit dem trojanischen Pferd herangezogen worden. Also selbst in politischen Kreisen Frankreichs kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß man mit der Aufnahme Sowjetlands in den Völkerbund ein äußerst gewagtes Experiment unternommen hat. Und in England sind diese kritischen Stimmen noch weitestgehend schärfer. Man hat Russland in den Kreis jener Staaten aufgenommen, die sich durch Anerkennung der Völkerbundsatzung verpflichten, nicht zum Kriege zu greifen, in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und ihre begründete internationale Beziehungen zu unterhalten, die Vorschriften des internationalen Rechts genau zu befolgen und die Gerechtigkeit herrschen zu lassen. Motta erobert deshalb in Genf mit Recht die Frage, „ob eine Regierung, deren Wesen der expansive und kampfesfähige Kommunismus ist, die notwendigen Bedingungen erfüllt um in den Kreis der Völkerbundsmächte aufgenommen zu werden.“ Er stellt ferner fest, „daß der bolschewistische Staat, die kommunistische Partei und die Dritte Internationale eine moralische Einheit sind, um das Programm des Kommunismus zu verwirklichen.“ Auch der irische Ministerpräsident de Valera wandte sich unter besonderer Betonung der sowjetrussischen Gottlosigkeit gegen die Aufnahme Sowjetlands und erklärte, daß der Völkerbund verloren sein würde, wenn die Christenheit das Vertrauen zu ihm verlore.

Doch alle Warnungen nützen nichts. Frankreichs Außenpolitik überwand alle politische Vernunft. Die Russen heißen in Genf ihren Einzug. Schon in seiner „Antrittsrede“ ließ Litwinow keinen Zweifel an der bolschewistischen Einstellung Sowjetlands, als er erklärte, wenn Russland in den Völkerbund eintrete, so geschehe es als Vertreter eines eigenen wirtschaftlichen und sozialen Systems und unter voller Wahrung seiner Persönlichkeit und seiner Eigenart. Es werde daher auch in Zukunft auf seine besonderen Interessen verzichtet. Was Litwinow darunter verstanden wissen will, werden die Völker, die mit einem mehr oder weniger freudigen Ja der Aufnahme Sowjetlands in ein Gremium „bürgerlicher und kapitalistischer Demokratien“ zugestimmt haben, vielleicht in gar nicht so ferner Zeit erfahren. Sie werden sich dann bei Frankreich bedanken müssen, das mit der Aufnahme Sowjetlands in den Völkerbund sein machtpolitische egoistische Ziele verfolgte. Statt doch noch vor der endgültig vollenzogen Aufnahme in französischen Völkerbundstreifen Frohlocken darüber zu geräuschen, daß nach der Zuteilung eines ständigen Ratesitzes an Sowjetland dieses in der Tagungsperiode von Januar bis Mai den Vorschlag im Völkerbundsrat führen würde, in einem Zeitraum also, in welchem der Völkerbund die Entscheidung über das Saargebiet zu treffen hätte. Durch die inzwischen erfolgte Erteilung eines nichtständigen Ratesitzes an die Türkei geht allerdings die Rechnung nicht auf. Daß aber die Saarfrage bei Frankreichs Außenpolitik eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, läßt sich aus einer Auslassung des „Deure“ entnehmen, das der Hoffnung Ausdruck gibt, „Rußland möge Frankreich in der Saarfrage bei der Interpretation der betreffenden Saarklauselbestimmungen helfen“.

Bei der ganzen Einstellung der französischen Außenpolitik allen deutschen Fragen gegenüber konnte man von

vorgereicht annehmen, daß die Liebe Herrn Bartheles für Sowjetland politischen Erwägungen entspringen war, die mit der neuen französischen Einteilungspolitik im Zusammenhang stehen. Alle Bedenken ließ man angeht, die einen Fall nach dem anderen, nur um der Notwendigkeit aus dem Wege zu gehen, sich mit Deutschland durch direkte Verhandlungen verständigen zu müssen. Die französische Politik wird noch trotz Völkerbund von genau den gleichen Gesichtspunkten beeinflusst, die schon seit Nichteintrag Frankreichs in den Völkerbund in den Vordergrund traten, die den Weltkrieg veranlaßten und den Versailles Spruch diktierten, den schon der frühere englische Schatzkanzler Snowden als die Hauptursache der europäischen Unruhe und der fieberhaften Bemühungen um Vernehmung der Rüstungen und um Abschluß von Verteidigungsabkommen bezeichnete. Erst die Zukunft wird zeigen, ob sich die Hoffnungen Frankreichs, die es mit dem Einzug Sowjetlands in Genf verband, erfüllen werden. Es müßte das Ende des Sowjetregimes bedeuten, wenn es sich widerspruchslos in das Schlepptau der französischen Machtpolitik nehmen ließe.

Deutschlands Friedenspolitik

Grundtätliche Feststellungen des Außenministers

Anlaßlich der Schlußfassung des Internationalen Strategikongresses hielt Reichsaussenminister Frick von 19. bis 20. September in der Krolloper in Berlin eine große außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführte:

In der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, haben wir ein besonderes Interesse daran, daß sich urteilsfähige Persönlichkeiten, die wie Sie gewohnt und gemüht sind, den Blick auf Realitäten zu richten, zu uns kommen und sich an Ort und Stelle ein unmittelbares Bild von den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Zuständen in unserem Lande machen. Wir glauben, ein gutes Recht zu haben, zum Beweise der Richtigkeit der Politik unserer Staatsführung auf die bisherigen Erfolge der nationalsozialistischen Regierung hinzuweisen. Unser Binnenmarkt, d. h. die deutsche Wirtschaft, soweit sie von uns selbst abhängt, ist jetzt in Ordnung. Nicht in Ordnung ist freilich unser Außenmarkt, d. h. die deutsche Wirtschaft, soweit sie nicht von uns allein sondern mit vom Ausland abhängt. Wir sind überzeugt, wir werden auch die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Außenmarktes überwinden. Gefährlich könnten solche Schwierigkeiten nur werden, wenn man die Dinge gehen und treiben ließe. Wir haben die Behandlung dieser Fragen aber planmäßig in die Hand genommen.

Wenn Volk und Regierung eines Landes ihre Kräfte in solchem Maße für die innere Neugestaltung einsetzen, wie das in Deutschland der Fall ist, dann wird dadurch die Verfolgung aller Ziele imperialistischer Art nach außen von selbst ausgeschlossen. Das Fundament, auf dem die deutsche Regierung ruht, ist nicht so beschaffen, daß sie, um ihre Macht im Innern zu stabilisieren, zu den Mitteln einer Expansionspolitik nach außen hin greifen müßte. Bei einem Regime, das, wie das deutsche, die Wurzel seines Bestandes im tiefsten Grunde des Volkswillens hat und haben muß, steht ein solcher Weg völlig außer Betracht.

Zwei positive Forderungen

Auf diesem Programm stehen im Grunde nur zwei Punkte, in denen wir mit positiven Forderungen an die anderen Regierungen herantreten und auf deren Erfüllung wir bestehen müssen.

Jene beiden Punkte sind: die Forderung, in der Frage der militärischen Rüstungen als gleichberechtigtes Land behandelt zu werden, und ferner die Forderung, die bevorstehende Regelung der Saarfrage so durchgeführt zu sehen, wie das dem Gebot politischer Vernunft und den geltenden Vertragsbestimmungen entspricht. Zwei Forderungen, die das gemeinam haben, daß sie nicht auf neuen äußeren Macht- und Besitzwerb, sondern lediglich auf die Schließung offener Wunden am deutschen Staats- und Volkskörper gerichtet sind.

Wenn diese oder jene Regierung die Gleichberechtigung Deutschlands noch glaubt in Zweifel stellen oder von besonderen Vorleistungen und Garantien abhängig machen zu können, so ist das für uns ein indisziplinärer Standpunkt. Er läuft darauf hinaus, daß man Deutschland noch immer als einen Staat militärischen Rechts behandeln will, und daß man ihm letzten Endes das Eingeständnis zumutet, durch seinen bloßen Willen zur Gleichberechtigung ein Pferd der Unruhe und womöglich der Kriegsgefahr zu sein. Genau umgekehrt:

Ein Staat, der seine Grenzen nicht verteidigen kann, ist nicht nur kein selbständiger und unabhängiger Staat, sondern ist, wenn er mit ringsum offenen Grenzen in mitten hochgerüsteter Staaten liegt, gerade dadurch ein Anreiz für eine gefährliche Politik anderer Länder.

Als die Reichsregierung vor einem Jahr den Entschluß zum Austritt aus dem Völkerbunde faßte, hat sie das nicht getan, weil sie sich größere politische Bewegungsfreiheit hätte verschaffen wollen, oder weil sie an sich der politischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten abgeneigt wäre. Es ist lediglich geschehen, weil das unentbehrliche Fundament solcher Zusammenarbeit, die Gleichberechtigung, fehlte. Deutschland steht wohl nicht allein mit der Ansicht, daß die Institution des Völkerbundes durch ihr völliges Verfallen in der Abrüstungsfrage in ihren Grundpfeilern erschüttert worden ist.

Wir glauben, daß es einschneidender Reformen bedürfen würde, um den Völkerbund zu dem zu machen, was er nach seinem Statut sein sollte, zu einem wirklich brauchbaren Friedensinstrument.

Durch die bloße Rückkehr früherer oder den bloßen Beitritt neuer Mitglieder werden sich keine schweren Mängel nicht heilen lassen. Das gilt auch von dem jetzt vollzogenen Eintritt der Sowjetunion, einem sicherlich höchst interessanten Akt der politischen Entwicklung, zu dessen Bewertung wir allerdings nach unserem Austritt aus dem Völkerbund kein Recht mehr in Anspruch nehmen, wenn wir es auch an sich als richtig anerkennen, alle Staaten zur Mitarbeit an den internationalen Aufgaben heranzuziehen.

Warum wir den Nordpakt ablehnen

Der grundlegende Gesichtspunkt der Gleichberechtigung hat der Natur der Sache nach keinen Einfluß auch

auf unsere Stellungnahme zu einem anderen Problem gehabt, das in letzter Zeit viel erörtert worden ist. Das ist das französisch-sowjetrussische Projekt des Ostpaktes, oder, wie manche ihn zu nennen wünschen, des Nordpaktes.

Man schlägt uns die Beteiligung an einem Paktstystem vor, durch das zehn Staaten verpflichtet werden sollen, sich im Kriegsfall sofort mit allen militärischen Kräften zu unterstützen. Gleichzeitig erklärt man: „Aber Offenheit und Bestimmtheit, daß unser Beitritt zu diesem Paktstystem natürlich nicht etwa die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Rüstungsgebiete in sich schließt, sondern daß man höchstens nach Inkrafttreten des Systems überlegen könne, ob und in welcher Weise es etwa möglich sei, die internationale Behandlung der Rüstungsfragen wieder aufzunehmen. Man verlangt also von uns, unser Uebertreten weitgehender Verpflichtungen, in eine besondere politische Gemeinschaft mit anderen Mächten einzutreten, während man uns gleichzeitig in einer Frage, die mit dem Zweck dieser Gemeinschaft aufs engste zusammenhängt, nämlich in der Frage des militärischen Rüstungsstandes, den Anspruch auf Gleichberechtigung ausdrücklich befreit. Können die beteiligten Regierungen wirklich im Ernst annehmen, daß Deutschland in der Lage sei, sich auf eine solche Zumutung einzulassen?“

Die Saarfrage ist kein Problem

auch bei der internationalen Diskussion über die Regelung der Saarfrage scheint man vielfach den Ursprung und Kern des Problems aus den Augen verloren zu haben. Man spricht darüber zuweilen so, als ob es jetzt unerwartet ein zweifelhaftes politisches Problem aufgetaucht sei, für das eine Lösung zu finden, es recht komplizierter und reichlicher Überlegungen bedürfe. Als Frankreich 1919 mit seiner Forderung nach Annexion des Saargebietes bei seinen Verbündeten nicht durchdrang, erreichte es doch, daß das Gebiet für 15 Jahre von Deutschland getrennt, und daß die Kohlengruben Frankreich übergeben wurden. Man stellte hierfür in Versailles die doppelte Begründung auf, daß im Saargebiet eine gemischte Bevölkerung wohne, und daß die Zerstörung der nordfranzösischen Gruben im Kriege es notwendig mache, Frankreich Ersatz durch die Saarkohle zu gewähren. Es ist heute wohl nicht mehr nötig, über den Wert dieser Gründe noch viele Worte zu verlieren.

Im Saargebiet wohnt jetzt mehr als 1200 Tausend eine rein deutsche Bevölkerung und, was die Kohle betrifft, so genügt die Feststellung, daß die nordfranzösischen Gruben schon im Jahre 1923 mehr als in der Zeit vor dem Kriege fördern konnten, und daß Frankreich — ganz abgesehen von den über Reparationskonto laufenden deutschen Kohlenlieferungen, die schon allein einen mehr als vollen Ersatz des ganzen Förderungsausfalls der nordfranzösischen Gruben darstellten — aus den Saargruben von 1920 bis heute rund 180 Millionen Tonnen bezogen konnte, während sein durch den Krieg verurachteter Förderungsausfall nur 70 Millionen Tonnen betrug.

Die Volksabstimmung, die in wenigen Monaten stattfindet, wird es ohne Zweifel für alle Welt offensichtlich machen, wie ungerecht und unnatürlich die Regelung von 1919 war. Der gesunde Sinn der Bevölkerung hat von Anfang an erkannt, daß die Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande die einzig mögliche Lösung ist, und daß alles andere nur eine Wiederholung und Verschlimmerung der verhängnisvollen Fehler von 1919 sein würde.

Nur technische Einzelheiten sind zu regeln

Im Zusammenhang mit der Umstellung und der Verwirklichung des gegenwärtigen Regimes wird eine Reihe von Einzelheiten zu regeln sein, wie z. B. die Rückübertragung der Kohlengruben an Deutschland, die Währungsfrage, die Wiederbelebung der deutschen Verwaltungen usw. Das sind keine politischen Fragen, die das politische Grundproblem und seine Lösung nicht berühren und daher lediglich sekundäre Bedeutung haben. Wenn man jetzt versucht, alle möglichen Schwierigkeiten in den Vordergrund zu stellen, die mit der Währungsfrage des Reiches an Deutschland verbunden seien, so sollte man doch bedenken, daß diese Schwierigkeiten, so wie sie überhaupt bestehen, nur eine Folge des unmöglichen, nicht von Deutschland und nicht vom Saargebiet verhängenen bisherigen Zustandes und seiner endlichen Verwirklichung sind. Im übrigen sind aber alle diese Schwierigkeiten schon deshalb leicht zu überwinden, weil der Verfall der Reichsbahn selbst die klaren Richtlinien zu ihrer Lösung enthält. Angelegenheiten gewisser in letzter Zeit laut gewordener Anregungen müßte ich nur auf einen Punkt mit allem Ernst und Nachdruck hinweisen. Man sollte sich nicht Regelungen dieser oder jener Art in die Gedanken kommen lassen, die auf eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität in der Zukunft hinauslaufen würden. Dafür bietet der Verfall der Reichsbahn keinerlei Handhabe.

Es würde vielmehr dem Wesen und dem Sinn der Volksabstimmung widersprechen, wenn man im Saargebiet ein anderes Regime aufzulegen wollte als das, für das sich die Bevölkerung entschieden hat. Ich hoffe, man wird auch bei den anderen beteiligten Stellen erkennen, daß solche Pläne, denen wir niemals unsere Zustimmung geben könnten, nicht nur dem Vertrag widersprechen, sondern daß ihre Verwirklichung auch ein politischer Fehler wäre, der für die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen die nachteiligsten Folgen haben müßte.

Zeitgemäße Verkehrsfragen

Autobahn, Eisenbahn, Wasserstraße.

Aus Anlaß der bevorstehenden Tagung der Deutschen Gesellschaft für Bautechnik veranstaltete die Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit in München eine Rundreise. Das deutsche Verkehrsproblem und seine Lösung. Die drei Hauptvorträge hielten Generalinspektor Dr.-Ing. Tobi über die Reichsautobahnen, Reichsbahndirektor Reibbrand über den Schienenverkehr und Geheimrat Dantscher über die Reichswasserstraßen.

Dr. Tobi

kennzeichnete die Aufgaben der Reichsautobahnen in ihrer Bedeutung für den Straßenbau und für die Verkehrspolitik. Sie sollen in erster Linie die technischen Vorbedingungen für eine Verlagerung des Verkehrs und Güterverkehrs schaffen. Zu ihren verkehrspolitischen Aufgaben gehören auch die zunehmende Aufschließung des ländlichen Landes und die Annäherung von Stadt und Land.

38 000 deutsche Gemeinden sind noch ohne Bahnanschluss. Schließlich sind die Reichsautobahnen die größte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme auf lange Sicht. Eine Beschäftigung von rund 100 000 Arbeitern auf den Baustellen und 150 000 in der Betriebsindustrie wird sechs bis sieben Jahre anhalten. Ebenso wichtig sind die ideellen Aufgaben der Reichsautobahnen. Sie sind das erste große technische Werk, das nach einheitlichem Grundplan und in einem Zug über das ganze Reichsgebiet ausgeführt wird. Damit werden sie zum

Symbol der erkämpften Reichseinheit.

Sie sind auch die erste große Aufgabe, die der Führer gestellt hat. Sie sollen das erste Werk bleiben, nicht nur zeitlich sondern auch in der Art der Durchführung, würdig den Ehrennamen zu führen: Die Straßen Adolf Hitlers. Direktor Leibbrand hob die Bedeutung der Reichsbahn für das deutsche Volk hervor, die sich neben ihrem Anlagekapital aus dem Jahresumsatz ergebe, der rund ein Fünftel des Gesamtumsatzes des deutschen Volkes betrage. Die Reichsbahn werde bei der Zusammenarbeit der Verkehrsmittel die Aufgaben zu leisten haben, denen ihre technische Eigenart am besten entspricht. Das Zeitalter der Verkehrs-

gestaltung auf der Straße, in der Luft und zu Wasser werde auch ein

Zeitalter der Betriebsumstellung der Eisenbahn

sein. Der Redner nannte die Umgestaltung des Fahrzeugparks, die Vervollständigung des Schienenwegs, der Sicherungseinrichtungen und der Bahnhöfe als Voraussetzungen. Die schweren Reisezüge werden durch schnelle Triebwagen ersetzt. Nur der schwere Fernverkehr bleibt der Dampflok vorbehalten. Die Höchstgeschwindigkeit der Ferntriebwagen soll 160 bis 180 die der übrigen Hauptbahn-Triebwagen 120 bis 130 Kilometer in der Stunde erreichen. Zwischen den meisten deutschen Großstädten wird die Hin- und Rückreise an einem Tage ausführbar sein. Die Umstellung bei der Reichsbahn bedeutet

rentable Arbeitsbeschaffung für fast 2 Milliarden RM.

Bedeutung und Ausbaunotwendigkeiten bei den Wasserstraßen behandelte Geheimrat Dantscher. Er stellte fest, daß die Wasserstraßen nach Tonnen gemessen rund ein Fünftel, nach Tonnenkilometer gemessen rund ein Viertel des von der Eisenbahn und Wasserstraße zusammen geleisteten Güterverkehrs übernehmen. Besonders für den Ausfuhrhandel spielen die Wasserstraßen eine große Rolle. — Zusammenfassend stellte Dr.-Ing. Schull in einem Schlußwort fest, daß es eine Fragestellung, „Schiene oder Landstraße, Eisenbahn oder Wasserweg“ nicht mehr gebe; die taufmännliche Deutlichkeit bloßer Rentabilitätsrechnungen sei zurückgetreten hinter den kategorischen Imperativ: Setze die Technik zum Wohle deines Volkes ein.

Der Polizeichef war betrunken

Anführer des Ueberfalls auf Bergmann Schulz.

Zweibrücken, 20. September.

Zu der Mithandlung des Bergarbeiters Schulz bei Mündhies wurde saarländische Polizeibeamte zum ergänzenden festgestellt, daß die Aktion unter dem persönlichen Kommando des kürzlich vom Präsidenten Ankor mit der Leitung der Saarpolizei betrauten Mr. Hensley stand. Wie weiter festgestellt wurde, befanden sich der Führer sowie ein Teil der Mannschaften in betrunkenem Zustand.

Schließlich ist festzustellen, daß an dem Tatort die Straße breit und überdacht ist, so daß jeglicher Schmuggel, unter dessen Verdacht Schulz gestanden haben soll, nicht in Frage kommt, zumal Zollbeamte Tag und Nacht dort eine scharfe Kontrolle ausüben. Daß es sich bei den Mithandlungen des überdies alsbald wieder freigeschaffenen Schulz nicht um eine „Bredouille des Widerstandes“ eines einzelnen durch neun Polizeibeamte handeln konnte, sondern daß tatsächlich schwere Mithandlungen mit Körperverletzung vorliegen, geht aus dem ärztlichen Befund des Dr. Hild-Saarbrücken hervor, der feststellte, daß die linke Kopfseite des Schulz stark geschwollen ist, daß auf dem Kopf und an der linken Stirnseite zahlreiche blutunterlaufene Striemen zu sehen sind, daß die linke Wade, das Kniegelenk, das linke Handgelenk Verletzungen und Striemen aufweisen und daß auf dem ganzen Rücken zahlreiche Hautwunden und blutunterlaufene Striemen sichtbar sind.

Für die Personalpolitik des Herrn Ankor bei Neuanwerbung von Polizeibeamten sind ferner folgende Fälle bezeichnend, über die bereits an die Regierungskommission eine öffentliche Anfrage gerichtet worden ist:

Es wurden neu eingestellt in die Landespolizei: 1. Der beim Göttinger Ueberfall auf die Hülferzeugung verhaftete und zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilte Nikolaus Conrad, der nach Verhängung eines Teils seiner Strafe auf Grund der kürzlichen Amnestieverordnung der Regierungskommission freigesetzt wurde. 2. Der früher in Deutschland als Kommunistenführer tätige Bitter. 3. Die bekanntesten Obedientenführer Antikörper G r u n d und B r a u n i n g. Diese Fälle sind um so schwerwiegender, als die Regierungskommission ausdrücklich politische Neutralität als Voraussetzung für Neueinstellungen in die Polizei bezeichnet hatte.

Es ist nicht verwunderlich, wenn nach jedem Vorfall das Vertrauen der Saarbevölkerung in die Objektivität und Neutralität der Saarregierung auf ein Minimum gesunken ist. Allgemein ist man der Ueberzeugung, daß nach den früheren bekannten Mißgriffen bei Einstellung von Polizeibeamten durch die neuen Zwischenfälle erst recht die Unfähigkeit

der Saarregierung, in der Polizeifrage irgendwie objektiv mitzuwirken, unter Beweis gestellt ist.

„Allgemeine Arbeiterunion“

Marxistische Umsturzpläne in Spanien.

Madrid, 20. September.

Ueber den vor kurzem ausgehenden Waffenstillstand der spanischen Marxisten und ihre Umsturzpläne brachte die Madridische Zeitung „Informaciones“ aufsehenerregende Nachrichten. Die von anderen Rechtsblättern der Hauptstadt aufgegriffen wurden. Da ein Dementi nicht erfolgt ist, kann ihre Richtigkeit nicht mehr bezweifelt werden.

Den „Informaciones“ zufolge hatten die Marxisten einen völlig durchgearbeiteten Plan, wonach die Revolution am Tage der Ueberführung der beiden zur Zeit der Monarchie im Jahre 1920 erschossenen revolutionären Offiziere Balan und Hernandez nach Madrid ausbrechen sollte. Der Hauptplan nach folgte für den Ausbruch der öffentlichen Trauerfeier, an der der Staatspräsident und sämtliche kabinetsmitglieder teilnehmen sollten. Angehts einer erheblichen Teilnehmerzahl von 300 000 bis 400 000 Arbeitern, Staatspräsident und die gesamte Regierung ermordet werden. Dies wäre das Zeichen gewesen für die offene Erhebung der anwesenden Arbeitermassen, die den Leiter der „Allgemeinen Arbeiterunion“, den ehemaligen sozialdemokratischen Minister Largo Caballero — auch „der spanische Lenin“ genannt — zu ihrem Führer ausgerufen hätten. Dieser war beauftragt, dann sofort die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Spanien zu erklären.

Das genannte Blatt schreibt, diese Pläne seien der Regierung bekannt gewesen, weshalb sie die Ueberführung der sterblichen Ueberreste der beiden „Märtyrer der Revolution“ nach Madrid und ihre feierliche öffentliche Beisetzung in der Hauptstadt zunächst verschoben und dann endgültig verboten habe. Im Zusammenhang mit der gerichtlichen Untersuchung des Waffenstillstands wurde die Verhaftung von zwei portugiesischen Staatsangehörigen bekanntgegeben. Einer der beiden Verhafteten ist ein ehemaliger portugiesischer Minister, der dem heutigen Regime in Portugal feindlich gegenübersteht und angeblich mit feindlichen Absichten gegen die in Verbindung mit diesen Verhaftungen aufgetauchten Pressevermutungen, wonach spanische Politiker der Linken die portugiesischen Umsturzpläne gefördert und durch Waffenlieferung unterstützt hätten, sind bisher ohne Dementi geblieben.

Bedeutende wissenschaftliche Ergebnisse

Die Ueberlebenden der Himalaya-Expedition heimgekehrt.

München, 20. September. Die Ueberlebenden der deutschen Himalaya-Expedition sind jetzt in München eingetroffen. Dem Ernst des Ereignisses entsprechend, hatten die Expeditionsteilnehmer ausdrücklich gebeten, von einem feierlichen Empfang abzusehen. Einem Presse-Vertreter gegenüber berichteten die Fahrtteilnehmer von den Schicksalen der Expedition seit den verhängnisvollen Juli-Tagen. Sie teilten mit, daß, als der Abmarsch begann, nicht der geringste Unfall mehr zu befürchten war. Sehr anerkennend äußerten sich die Teilnehmer über die freundliche und tatkräftige Unterstützung der englischen Behörden in Darjeeling. Andererseits erklärten auch die britischen Behörden die Form und Art der Abwicklung, wie sie von der Expedition mit den Trägern vorgenommen wurde, als beispielgebend. Nicht genugten konnten sich die Teilnehmer der Expedition im Lob der wackeren Darjeeling-Leute.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Expedition sind unabhängig vom unglücklichen Ausgang des Unternehmens bedeutend. Vor allem war sie in der Lage, nachzuweisen, daß die photogrammetrische Methode der Geländeaufnahme, die verwendet wurde, tatsächlich geeignet ist, auch in den unwirtlichsten und schwierigsten Gebieten erfolgreiche Ergebnisse zu zeitigen. Die Teilnehmer sind überzeugt, daß das Unternehmen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ein voller Erfolg war.

Wolfgang Marken:
Die Räuber von Forsten
UNTERBESCHÜTTENES VERLAGS-HAUS MEISTER-WERDAD

(15. Fortsetzung.)
„Das mit den achtzig Millionen — ich komme noch einmal darauf zurück, Mister Boulot — das stimmt. Nur gehören sie nicht dem Bankhaus Walter, so groß sind wir noch nicht. Aber wir haben ... wir hatten einen ganz großen Kunden.“
Boulot beugt sich weit vor und sieht den Sprecher erschrocken an.
„Der große Kunde ... war ... meine Frau?“
„Sie sagen es, Mister Boulot!“
Der Bankier Boulot scheint von der Eröffnung verwirrt.
„So reich war Jenny? Ich habe sie höchstens auf zwei Millionen geschätzt.“
„Ich verstehe Ihre Ueberraschung, Mister Boulot! Aber ich mußte es Ihnen einmal sagen; denn Sie hätten es ja doch erfahren, und es liegt kein Grund vor, Ihnen diese Tatsache zu verschweigen.“
„Mon dieu ... was war denn diese Frau alles ... eine große Künstlerin ... eine schöne Frau ...!“
„Und das größte Finanzgenie, das mir je vorgekommen ist! Es war fabelhaft, wie Mister Boulot gearbeitet hat, was sie für ein Feingefühl für die kleinsten Schwankungen der Börse hatte. Sie verdiente allein bei der Transaktion mit dem französischen Bank durch rechtzeitigen Kauf und Verkauf ... über acht Millionen Dollar.“
„Boulot sieht nachdenklich vor sich hin, plötzlich blickt er Walter schief an.“
„Dann war wohl auch meine Frau ... die Gegenpielerin in dem Uralgeschäft?“
„Ich möchte nicht darüber sprechen, Mister Boulot. Lassen Sie es mir. Sie ist tot!“
„Einen Freund weniger!“ versteht Boulot hart. „Einen Feind, den ich nicht ahnte.“
„Haben Sie ihn wirklich nicht geahnt?“
„Nein!“
„Wußten Sie tatsächlich nicht, daß Ihre Frau Sie ...“
hätte?“

„Nein! Hat sie Ihnen das verraten?“ Der Bankier ist ganz bestürzt. „Gehabt? Besessen hat sie mich gehabt.“
„Das weiß ich nicht, Mister Boulot. Einmal sagte sie mir: „Garry soll an den Tölpeln denken!““
„Ich kenne keinen van Tolmen!“
„Van Tolmen war der erste Gatte von Mister Boulot. Sie lebten seinerzeit durch, daß sie sich von ihm scheiden ließ.“
„Jenny war damit einverstanden. Weiter!“
„Ich weiß nichts weiter, Mister Boulot. Mein Ehrenwort! Ich fühle mich nur verpflichtet, Ihnen das zu sagen, was ich wußte!“
„Ich bin Ihnen dankbar, Mister Walter! Ich will jetzt meine Tochter rufen.“
„Bitte sehr, Mister Boulot!“
„Wünschen Sie, allein mit ihr zu sprechen?“
„Nein! Das ist nicht nötig! Bestimmungsgemäß bleibt die Verwaltung des Vermögens ohnehin bis zum vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahre in meinen Händen. Ich will mir Miss Ariane über den Stand ihres Vermögens unterrichten. Die Papiere, die sie in das Recht des Erbes sehen, erhält sie vom Gericht zugesandt.“
„Kann meine Tochter selbständig disponieren?“
„Bis zur Höhe von fünfzehnhunderttausend Dollar, höher vorläufig nicht.“
„Nun, es sind ja nur noch wenige Monate bis dahin.“
„Allerdings! Wie es Miss Boulot dann halten will, ist ganz ihre Sache. Ich werde sie in keiner Weise beeinflussen.“
„Ich verspreche Ihnen das. Meine Tochter mag allein entscheiden; es ist ja mitterlächliches Vermögen.“
Boulot klappt, der Diener tritt ein. Der Bankier bittet seine Tochter zu sich.
Ariane kommt und wird von Walter herzlich begrüßt.
„Mister Walter will dich davon in Kenntnis setzen, mein Kind, daß du Universalerin des mitterlächlichen Vermögens geworden bist.“
„Jawohl, Miss Boulot. Ihre verstorbene Frau Mutter hat ein Vermögen von über achtzig Millionen Dollar hinterlassen, das ich einweilen noch verwalte, worüber Sie aber in einigen Monaten voll verfügen können.“
Ariane glaubt nicht recht verstanden zu haben.
„Achtzig Millionen? Wie kam meine Mutter zu diesem ungeheuren Vermögen?“
„Ihre Frau Mutter war ein Finanzgenie, Miss Boulot! Ich überreiche Ihnen hier die Abrechnung über das gesamte vorhandene Kapital. Ich bitte, die Aufstellung

zu prüfen und sich, wenn es Ihnen angenehm ist, allein mit einem Zeugen, bei mir einzufinden, damit ich Ihnen über jeden einzelnen Vermögenswert den Nachweis führe.“
Ariane nickt stumm. Sie ist ganz benommen.
„Ich bändige Ihnen hiermit auch verschiedene Depotschöne europäischer Banken aus, wo Ihre Frau Mutter Depots unterhielt. Ueber den Inhalt dieser Depots bin ich nicht unterrichtet. Auch die Schlüssel füge ich bei. Es ist der ausdrückliche Wunsch Ihrer Frau Mutter, daß Sie nach vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre nach Europa reisen und diese Depots heben. Außerdem bändige ich Ihnen den Depotschlüssel über ein Depot bei der Morgan-Bank aus. Dieses Depot soll ich Ihnen ganz besonders ans Herz legen. Wenn Sie es öffnen wollen, bleibt Ihnen unbenommen. In diesem Falle sind Sie an keine Vorschriften gebunden.“
Er reicht ihr einen Bogen mit der Bitte, den Empfang der Depotschlüssel und Scheine zu bestätigen.
Arianes Hände zittern dabei.
Der Bankier Walter nimmt mit liebenswürdigem Lächeln die Quittung entgegen.
„Sie sind etwas erregt, Miss Boulot“, sagt er in seiner gütigen Art. „Kein Wunder! In wenigen Monaten werden Sie eine der vermögendsten Frauen von USA. sein. Wann darf ich Sie bei mir erwarten, damit ich Ihnen über das Vermögen Ihrer Frau Mutter Aufschluß und Abrechnung geben kann? Sie können einen Sachverständigen oder Vertrauten mitbringen.“
„Dann ... übermorgen, Mister Walter.“
„Und die Stunde?“
„Wenn es Ihnen recht ist nachmittags gegen drei Uhr.“
„Einverstanden!“
Der Bankier Walter verabschiedet sich und meint freundlich zu Boulot: „Sie werden es jetzt etwas leichter haben, Ihr Ziel durchzusetzen.“
Boulot verneigt sich nur stumm und Walter geht. „Papa“, wendet sich Ariane an ihn. „Hast du gewußt, daß Mama so reich geworden war?“
„Nein, mein Kind! Ich bin ebenso überrascht wie du! Aber daß ich erfahren mußte, daß deine Mutter mir feindlich gegenüberstand und mein schärfster Widersacher in allen geschäftlichen Transaktionen war, das ist schwerlich! Ich weiß nicht, womit ich ihren Haß verdient habe. Sie hat ihre Gefühle mit keinem Wort verraten!“
„Daß es gut sein, Papa.“

(Fortsetzung folgt.)

Sowjetrußlands Einzug

Auch der künftige Ratsitz bewilligt

Die Abstimmung über die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerverbund war nach vorausgegangener kurzer Debatte um 7 Uhr beendet. 39 von 49 anwesenden Völkerverbundstaaten stimmten mit Ja, sieben enthielten sich, und drei stimmten mit Nein. Einige Völkerverbundstaaten blieben der Abstimmung fern.

Sodann folgte die Abstimmung über die Erteilung eines künftigen Ratsitzes an Sowjetrußland, während die Vertreter der Sowjetunion noch außerhalb des Saales blieben.

Bei der zweiten Abstimmung erhielten die Sowjetrußen 40 Stimmen von 50 anwesenden Staaten. Zehn Staaten enthielten sich der Stimme. Kein-Stimmen sind nicht abgegeben worden. Als der Präsident daraufhin die Erklärung abgegeben hatte, daß Sowjetrußland einen künftigen Ratsitz einnehme, betrat er kurz darauf um 7.15 Uhr die Sowjetrußen unter Führung von Titulinow den Saal.

Sie nahmen unter sehr schwachem Beifall die für sie bestimmten Plätze ein. Einige Delegierte, darunter Titulinow, begaben sich zu den Bänken der Russen, um sie zu begrüßen.

Es stellte sich heraus, daß die Russen schon lange Zeit vorher durch einen Nebeneingang in das Gebäude gelangt waren, während draußen vor dem Haupteingang eine ständige wachsende Menge auf die Einfahrt der Russen wartete.

Titulinow

dankte in seiner Rede zunächst den Mächten, die sich um die Zulassung der Sowjetunion bemüht hätten, vor allem Frankreich, England und Italien. Titulinow machte den Versuch, der fröhlichen Stimmung der Verhandlung durch eine Darstellung der Lage in Sowjetrußland entgegenzutreten, die aber zweifellos scharfem Widerspruch begegnen wird. So behauptete er, daß sich die Russen und Völker in der Mäntelung frei entwickeln und ihrer Kultur gemäß leben könnten.

Der russische Außenminister betonte, daß die Voraussetzungen für Rußlands Mitarbeit und Zusammenarbeit mit den anderen Staaten in Genf der

Grundriss der Mitarbeit

in die inneren Angelegenheiten eines Staates sein müsse. Jeder Staat müsse das Recht haben, sich nach seinen Bedürfnissen zu entwickeln. Rußland sei hier der Vertreter eines neuen Systems, vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaft. Sowjetrußland werde auch in Zukunft auf seine eigene Besonderheiten verzichten.

Titulinow ludie dann der Verammlung klar zu machen, daß Rußland schon seit Jahren mitten in der internationalen Zusammenarbeit stehe. Er erinnerte vor allem an Rußlands Beteiligung bei den verschiedenen internationalen Konferenzen, vor allem an seine Tätigkeit in der Abrüstungskonferenz.

Auch im weiteren Verlauf seiner Rede sprach Titulinow von Rußlands Arbeit für den Frieden und den Möglichkeiten, die die Mitwirkung der Sowjetunion im Völkerverbund seiner Meinung nach eröffnen. Der Völkerverbund müsse sich der Organisation des Krieges entgegenstellen. Noch immer seien die furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges nicht überwun-

den. Deshalb müßten verstärkte Sicherheitsgarantien erteilt werden.

Niemand kenne so gut wie er die Grenzen, die der Völkerverbund der Völkerverbund gestellt seien. Aber der gute Wille lasse sich unter Mitwirkung der Sowjetunion zweifellos auch hier ein Erfolg erreichen.

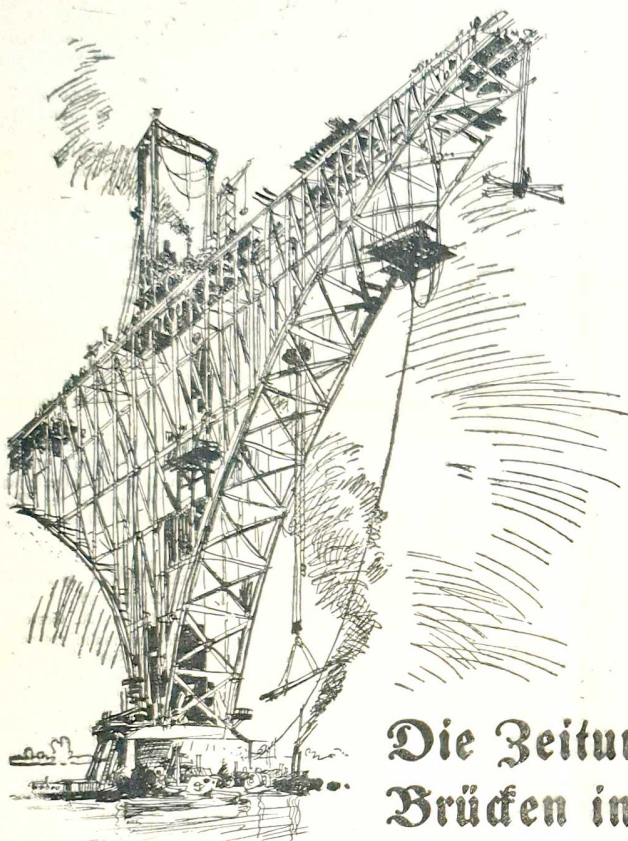
Als Titulinow seine Rede beendet hatte, war der Beifall etwas stärker als am Anfang aber immer noch erlosch, unter dem Durchschneit. Obgleich die meisten Delegationen und die Tribünenbesucher zweifellos nur zum geringen Teil die Ueberlegung der Titulinow-Rede begannen. Nur ganz wenige Delegationen hielten bis zum Schluß auf ihren Plätzen aus, so daß die russische Delegation schließlich fast allein zwischen leeren Bänken saß. Sobald die Ueberlegung beendet war, schloß der Präsident die Sitzung.

Erdbeben in Mexiko

Mexiko, 20. September. Der Staat Jalisco ist von zahlreichen heftigen Erdstößen heimgegriffen worden. In der Stadt Concepcion de Hiramador stürzte die Mehrzahl der Häuser ein, wodurch hunderte von Familien obdachlos wurden. In der Stadt Talpa stürzte ein zweistöckiges Polizeigebäude in sich zusammen, während die Wädherrschule und die Pfarrkirche so schwere Schäden erlitten, daß Einsturzgefahr besteht. Der Gouverneur von Jalisco hat für die Opfer des Bebens staatliche Hilfe angeordnet.

Sie schlagen die Brücke . . .

Wie schwer es ist, Brücken des gegenseitigen Verständnisses zu schlagen, führt uns immer wieder das Echo des Auslandes vor



Augen: auf all die Äußerungen guten Willens, auf die aus dem Herzen kommenden Rufe zur Vernunft, zum Glauben an Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, zur Erkenntnis, folgt vielfach Ablehnung, Mißverständnis, um nicht zu sagen böser Wille. Ganz anders der Widerhall im Inlande: von dem innerlichen, bescheidenen Stolz auf erfüllte Pflicht beseelt, getragen vom Willen, verständnisvolle Mitarbeiter am Werk des Aufbaus zu sein, dürfen die deutschen Zeitungen vor die Leserschaft treten. Denn nun hat schon häufig Dr. Goebbels aus seinem Ministerium den Zeitungsleuten den Dank ausgesprochen, den jeder von ihnen deswegen so hoch schätzt, weil er für ihn zugleich ein neuer Ansporn im Amt zum Wohle des Volksganges ist. Die Zeitungsleute freuen sich, zu wissen, was die Leserschaft täglich in ihren Zuschriften wiederholt: Die Zeitung ist wirklich die große, immer neu zu bauende Brücke zum richtigen Verständnis alles Geschehens drinnen und draußen. Sie führt im Textteil den Leser an alle die Ereignisse und Fragen heran, die ihn bis ins Innerste erschüttern, packen, mitreißen. Besonders öffnet sie die Herzen für die gewaltige, dauernd fortschreitende, grundlegende Wandlung der Nation zu sozialistischer und nationaler Haltung und Kraft. Im Anzeigenteil wird die Tageszeitung in naher Zukunft stärker als je Trägerin der Bemühungen von Handel und Wandel sein müssen, die gesamte Volkswirtschaft durch ihre Teilnahme an der großen Werbung zu beleben. Denn je stärker uns von außen her die Notwendigkeit aufgezwungen wird, uns auf uns selbst zu stellen, desto zielbewußter muß jeder an seinem Teil nach innen hin der Pflicht nachkommen, der deutschen Volkswirtschaft zu dienen. Dann kann mit vollem Recht jeder Leser von der Zeitung sagen:

Die Zeitung hilft Brücken in die deutsche Zukunft schlagen!

Spangenbergers Konfilmtheater

Gonabend und Sonntag pünktl. 8.30 Uhr abds

Heute kommts

drauf an.

mit gutem Beiprogramm.

Ihr Umsatz steigt

wenn Sie planmäßig gute

Werbedrucksachen

von der

Buchdruckerei H. Munzer Spangenberg

verwenden.

Die Lieferung von Fleisch- und Wurstwaren, Brot und Brötchen sowie täglich 30 Liter Vollmilch für die Zeit vom 1. Oktober 1934 bis 31. März 1935 soll gegen schriftliches Gebot vergeben werden.

Die Gebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Lebensmittel“ bis zum 25. September 1934 um 10 Uhr einzureichen. Sammelgebote, d. h. Angebote von Innungen u. dergl. werden nicht berücksichtigt.

Vordrucke für die Angebote sind auf dem Geschäftszimmer zu haben, die Lieferungsbedingungen daselbst einzusehen. Selbstbewirtschaftung Preuß. Forstschule Spangenberg.

Öffentliche Mahnung.

Die für die Zeit vom 1. April 1934 bis einschl. September 1934 fällig gewordenen Steuern und zwar

- Einkommensteuer
- Staatliche Grundvermögenssteuer
- Gemeindesteuer
- Gewerbesteuer (Vorauszahlung nach Beitrag u. Kapital

Bürgersteuer

Lotholgebühren 1934

werden hiermit öffentlich angemahnt. Die Zahlungspflichten werden aufgeföhrt, die fällig gewordenen Rückstände bis zum 30. ds. Mts. an die unterzeichnete Kasse zu zahlen, widrigenfalls zur Vändung oder zu den sonst zulässigen Zwangsmitteln geschritten werden muß. Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht mehr. Spangenberg, den 20. September 1934.

Stadtkasse Spangenberg.

Benutzt unsere N. S. Bücherei

Die Lieferung von 300 Ztr. gelben, gelblichgelben, ausgelesenen Winterpfeisartoffeln sollen in 3 Losen je 100 Ztr. an den Wüdherrschenden vergeben werden. Die Kartoffeln sind nach Austragserteilung sofort frei Keller im Schloß zu liefern. Die Angebote sind je Ztr. abzugeben und im verschlossenen Umschlag, mit der Aufschrift „Kartoffellieferung“ bis zum 25. 9. 34, um 10 Uhr einzureichen. Das Angebot kann auf eine beliebige Anzahl von Losen abgegeben werden. Dem Angebote sind Proben beizufügen. Die Lieferungsbedingungen können auf dem Geschäftszimmer eingesehen werden. Selbstbewirtschaftung Preuß. Forstschule Spangenberg.

Im Rahmen der Feuerschutzwoche findet in den nächsten Tagen eine Alarm-Nachübung der Freiwilligen Feuerwehr statt, worauf hiermit hingewiesen sei. Spangenberg, den 19. 9. 1934. Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde Feunier.



Klipps Kaffee H. Mohr. Inseriert!